

## **Rede von Oberbürgermeister Andreas Hesky zur Einbringung des Haushaltsplans 2011 in der Sitzung des Gemeinderats am 7. Oktober 2010**

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,  
Herr Erster Bürgermeister Staab,  
Frau Baubürgermeisterin Priebe,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

als der Haushaltsplan 2010 im Dezember vergangenen Jahres vorgelegt wurde, hatte ich nicht das Gefühl, von einem „Königsrecht“ der Haushaltsplanung tatsächlich Gebrauch machen zu können. Ich bin überzeugt, dass weder der Gemeinderat noch ich ein „königliches Gefühl“ hatten, sondern wir uns eher wie Bettler oder Almosenempfänger vorkamen.

Noch nie in der Geschichte der Stadt Waiblingen nach dem 2. Weltkrieg hatten wir eine derartige finanzielle Situation. Dabei sind nicht die Ausgaben von einem Tag auf den anderen explodiert. Ganz im Gegenteil, durch ein sehr gutes Kurzarbeitsprogramm der Bundesregierung ist es gelungen, die Auswirkungen der Krise aus den Sozialhaushalten weitgehend herauszuhalten.

Aber es waren die Einnahmen, in den Jahren 2009 und Anfang 2010 in einem bisher nie gekannten Umfang weggebrochen sind.

Ich darf an dieser Stelle nochmals dem Gemeinderat und insbesondere den Mitgliedern der Haushaltsstrukturkommission dafür Dank sagen, dass es uns dann im Rahmen von harten, sachlich geführten und das Gemeinwohl der Stadt im Auge behaltenden Beratungen gelungen ist, den Haushaltsplan so aufzustellen, dass wir ihn am 6. Mai 2010 zwar nicht einstimmig, aber in großer Einmütigkeit verabschieden konnten.

Dies war nur möglich, weil wir sämtliche Ausgaben soweit als möglich kürzten, zum Teil im Wissen dessen, dass manche Ausgabeansätze im Laufe des Jahres 2010 überschritten werden, weil wir bspw. nicht die Witterungsentwicklung kannten oder wir auch aufgrund von unhaltbaren oder unzumutbaren Zuständen, wie bspw. in der Straßenreinigung, Änderungen vornehmen mussten.

Was für das Haushaltsjahr 2010 festzuhalten ist, heißt, dass auch Waiblingen von den wirtschaftlichen globalen Entwicklungen stark betroffen werden kann, im Negativen genauso wie im Guten. In der Krise wurde uns sehr bewusst vor Augen geführt, dass unsere kommunale Infrastruktur vor allem deswegen so hervorragend ausgebaut ist, weil wir leistungsfähige Unternehmen in unserer Stadt haben, die seit vielen Jahren zuverlässig und auch in beachtlicher Höhe Steuern zahlen.

Aber es sind nicht nur die Unternehmen, sondern es sind vor allem auch die Menschen, die in Waiblingen wohnen und hier über ihren Einkommensteueranteil maßgeblich zu den kommunalen Finanzen ihren Beitrag leisten.

Gesunde und gute Unternehmen brauchen gute, sehr gut ausgebildete Fachkräfte, denen ein guter Lohn bezahlt wird, der sich auch in unserer Stadt nachhaltig durch die Einkommensteueranteile auswirkt. Kurzum: Die Wirtschaft, Unternehmen, Gewerbetreibende, Dienstleister, Handwerker, alle Selbständigen, mit den Arbeitsplätzen, die sie zur Verfügung stellen, und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die tragenden Säulen der Finanzierung unserer kommunalen Infrastruktur in allen Bereichen.

Ihnen gilt der Dank, ihnen gilt aber auch unser Augenmerk bei allem, was wir weiterhin tun und wofür wir unser Geld ausgeben, sprich Prioritäten setzen. Wirtschaftsförderung ist daher nach wie vor das Gebot der Stunde. Dabei meine ich nicht nur die Wirtschaftsförderung im Sinne der Ansiedlung von Unternehmen oder der Ausweisung von Gewerbebauplätzen, um Unternehmen bei ihren Expansions- oder Veränderungswünschen zu helfen. Das ist natürlich notwendig und gut und gehört zu den Kernaufgaben der Wirtschaftsförderung.

Wirtschaftsförderung heute heißt aber vor allem auch, dafür zu sorgen, dass Unternehmen und Beschäftigte „gerne“ in Waiblingen ihre Steuern bezahlen, weil sie wissen, dass diese Mittel direkt in die kommunale Infrastruktur fließen, nicht verschwendet werden, sondern höchst effizient zur Verbesserung des Lebensstandards und damit auch zu einer lebens- und liebenswerten Stadt Waiblingen beitragen.

Daher muss der Begriff der Wirtschaftsförderung breiter, umfassender gesehen werden und angesichts des nach wie vor hohen Fachkräftemangels in unserem Raum, müssen wir alles daran setzen, dass Waiblingen und die Region Stuttgart, eine Stadt und eine Region bleiben, in der die Menschen gerne leben, sich wohlfühlen, sich ehrenamtlich einsetzen und sich mit ihr identifizieren.

Damit dies geschehen kann, wurden in den vergangenen Jahren immense Aufwendungen in den Ausbau der Kinderbetreuung unter 3 Jahren getätigt. Diese Investitionen haben sich gelohnt. Waiblingen ist nach wie vor an der Spitze der Bedarfsdeckung. Und auch wenn unsere Elternbeitragssätze in diesem Jahr um 10 % erhöht worden sind und im Jahr 2011 nochmals um 10 % erhöht werden, sind sie im Vergleich immer noch moderat.

Beim Blick in die Umlandkommunen heißt es immer öfter, dass dort die Gebühren nach den Richtsätzen des Landes und der Kirchen erhoben werden. Davon sind wir in unserer Stadt weit entfernt und die Staffelung nach Einkommen ist eine zusätzliche Sicherung, dass niemand auf die Kinderbetreuung verzichten muss, die sie oder er benötigt.

Trotz des Ausbaustopps im Jahr 2010 liegen wir bei einem Bedarfsdeckungsgrad von rund 33 %. Damit könnten wir eigentlich zufrieden sein, die gesetzliche Vorgabe wäre erfüllt, wenn wir es nicht besser wüssten. Wir wissen, dass wir mit 33 % im Bereich der unter 3-jährigen nicht den Bedarf abdecken, den Mütter, Väter, Eltern in unserer Stadt in den nächsten Jahren tatsächlich haben werden.

Die Landesregierung geht bei ihren Vorgaben davon aus, dass rd. 33-35 % der Kinder zwischen dem 1. und 3. Lebensjahr einen Betreuungsplatz brauchen. Das geht aber an

der Realität vorbei. Und es wäre fahrlässig zu glauben, dass der Bedarf nur dann besteht, wenn auch das Angebot gemacht wird.

Im Gegenteil: Wir bauen die Kinderbetreuung im Grunde genommen nicht für die Eltern aus, sondern für die Unternehmen, damit diese ihren Beschäftigten, ganz gleich ob Frau oder Mann, anbieten können, nach der Elternzeit wieder in den Betrieb zurückzukehren. Das ist ein Vorteil, der nicht zu unterschätzen ist.

Dieses Betreuungsangebot, vor allem im Ganztagsbereich, zieht sich dann wie ein roter Faden bis in die weiterführenden Schulen durch. Verlässlichkeit, hohe Qualität, Bildung und Betreuung in Ganztageseinrichtungen sind Waiblinger Pfunde, mit denen wir wuchern können.

Und ich werde nicht müde zu betonen, dass wir diese Angebote nicht nur in ausgewählten Einrichtungen in der Kernstadt machen, sondern dass wir zu unserer polyzentrischen Struktur stehen und auch dafür sorgen, dass in den Ortschaften von Beinstein bis Bittenfeld überall gleiche Lebensverhältnisse bestehen und auch dort diese wichtigen – aber kostenintensiven - Angebote vorhanden sind.

Sie müssen im Rems-Murr-Kreis und in ganz Baden-Württemberg weit gehen und lange suchen, bis Sie eine Ortschaft oder genauer gesagt eine selbstständige Gemeinde finden, mit 3800 Einwohnern, in der es Ganztagesbetreuung für unter 3-Jährige, für 3- bis 6-Jährige und in der Grundschule gibt. Das sollen nun keine Klagen sein, sondern Erklärungen dafür, warum Waiblingen hohe Ausgaben hat, die es auch in wirtschaftlich schwierigen Jahren zu schultern gilt.

Zu den großen Infrastruktureinrichtungen, die wir in unserer Stadt haben - und auch hier gilt wieder in den Ortschaften und in der Kernstadt -, gehören auch die Angebote für die Nahversorgung und für das Leben im Alter. Seit rund 5 Jahren wird in den Ortschaften konsequent die Umsetzung betrieben, dass Senioreneinrichtungen dezentral geschaffen werden.

Hohenacker mit dem Dienstleistungszentrum und der Neuen Mitte ist ein leuchtendes Beispiel dafür, dass wir die Bedürfnisse der Menschen kennen, sie ernst nehmen und mit ihnen gemeinsam realisieren. Das im Bau befindliche Seniorenzentrum in Hegnach gehört in die selbe Kategorie. Es ist zu wünschen, dass die Gespräche und Verhandlungen in Bittenfeld in trockene Tücher kommen, damit auch dort ab 2013 eine Senioreneinrichtung mitten im Ort, an historisch wertvoller Stelle mit hoher städtebaulicher, aber vor allem auch mit hoher pflegerischer Qualität ihre Pforten öffnen kann.

Das alles ist nicht zum Nulltarif zu haben. Die benötigten Grundstücke müssen aufgekauft, die Bausubstanz beseitigt, Planungsrecht geschaffen, Investoren gefunden und Betreiber ausgewählt werden. Machen wir uns nichts vor und sagen wir es deutlich: Diese Maßnahmen kosten Geld und die Stadt macht keinen Reibach bei den Grundstücksgeschäften.

Das ist aber auch nicht die Absicht. Denn es geht darum, soziale und wichtige Infrastruktur zu schaffen, die dafür sorgt, dass wir auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten

lebendige Ortschaften mit einem funktionierenden Gemeinwesen haben. Wir nehmen die Zusagen aus den Eingliederungsverträgen auch nach über 35 Jahren nach deren Unterzeichnung noch ernst.

Das heißt nun nicht, dass sich nichts ändern darf oder auch manches auf den berühmten Prüfstand zu stellen ist. Ich danke nochmals dem Gemeinderat und vor allem allen Ortschaftsräten für die konstruktive Mitwirkung an der Umsetzung der Ortschaftsrathausreform, bei der Aufgaben in die Kernstadt verlagert, Öffnungszeiten bedarfsgerecht angepasst und die Personalausstattung und damit die Kosten der Ortschaftsverwaltung verringert werden konnten, ohne sie in den Grundfesten zu erschüttern.

Ich erinnere auch an die Bäderdiskussionen, die wir gerade hart aber fair in Neustadt und in Hegnach führen und bei denen es darum geht, wichtige kommunale Infrastruktur so zu ändern, dass sie auch künftig bezahlbar bleibt und nicht zu einem Fass ohne Boden wird.

Natürlich würde Waiblingen am meisten dadurch sparen, wenn die Bäder in den Ortschaften Hegnach und Neustadt, das kleine Lehrschwimmbecken in Bittenfeld möchte ich außen vor lassen, geschlossen würden. Diese Aussage ist richtig, auch wenn die Einsparungen erst in 2, 3 oder 5 Jahren sich vollständig realisieren ließen.

Und ich möchte jetzt an dieser Stelle auch sagen: Wenn wir die Bäder in den Ortschaften nicht mehr brauchen, weil sie nicht belegt sind, weil die Schulen sie nicht benötigen, weil die Kindertagesstätten dort keine Schwimmstunden abhalten, weil die Vereine dort keine Angebote mehr machen, dann ist oder wäre es an der Zeit, den Schlüssel herumzudrehen, das Wasser abzulassen und die Gebäude abzureißen.

Ich stehe aber auch dazu, sowie ich dies vor fast 5 Jahren, als diese Frage mich das erste Mal erreicht hat, auch getan habe, dass kommunale Infrastruktur dann zu erhalten ist, wenn sie gebraucht und benötigt wird. Ich erwarte allerdings auch von den Nutzerinnen und Nutzern, dass sie bereit sind, sich einzubringen, an Kosteneinsparungen mitwirken und sich nicht ihr Engagement darauf beschränken, der Stadt zu sagen, dass sie alles zu bezahlen und auf Dauer zu erhalten hat.

Insbesondere dann nicht, wenn die gleichen Personen nicht bereit sind, Grundsteuererhöhungen zu akzeptieren, Gebührenerhöhungen mitzutragen und sich darüber beklagen, dass die kommunale Verschuldung um ein nicht vertretbares Maß steigt.

Den Ausschüssen für Bildung, Soziales und Verwaltung sowie für Wirtschaft, Kultur und Sport werden in der Novembersitzungsrunde Überlegungen vorgestellt, wie es gelingen kann, über alle Ortschaftsbäder und genau genommen auch über das Hallenbad in der Kernstadt hinweg, Einsparungen in der Größenordnung von rund 200.000 Euro, dies muss unsere Zielgröße sein, zu leisten. Das sind bezogen auf das Defizit sämtlicher Bäder rund 16 %, die wir bei den Kosten einsparen bzw. durch Mehrerlöse erwirtschaften müssen. Dann würden die Bäder in etwa den gleichen Sparbeitrag leisten, wie andere Bereiche auch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es erfüllt die Verwaltung durchaus mit Zufriedenheit, Ihnen heute einen Haushaltsplan vorlegen zu können, der nicht nur genehmi-

gungsfähig ist und die Mindestzuführungsrate erwirtschaftet. Wir sind sogar in der Lage, zumindest auf bisherigem Planungsstand, sogar die Sollzuführungsrate zu erwirtschaften und planen eine Zuführung vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt in Höhe von rund 1,5 Mio. Euro.

Das ist eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Verwaltungshaushalts um rund 15 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr. Die Zuführungsrate in 2011 wird dadurch möglich, dass sämtliche Haushaltsansätze im Verwaltungshaushalt auf derselben Höhe belassen wurden wie im Jahr 2010.

Das heißt, wir fahren weiterhin unseren Verwaltungshaushalt am äußersten Limit, haben nirgendwo Luft eingebaut, die Ausgabeansätze auf das Minimum reduziert und die Einnahmeansätze realistisch geplant und die bereits beschlossenen oder in der Beratung befindlichen Einnahmeerhöhungen einkalkuliert. Dazu gehört die Erhöhung der Kindergartengebühren in Höhe von 10 %, wie vergangenes Jahr beschlossen, oder auch die derzeit diskutierten Erhöhungen der Grundsteuer A und der Gewerbesteuer.

Waiblingen hat bisher die niedrigste Gewerbesteuer der großen Kreisstädte im Rems-Murr-Kreis. Wir haben aber sicher nicht den niedrigsten Standard der kommunalen Infrastruktur. Es ist daher vertretbar, vor allem nachdem auch die Unternehmen, die Personengesellschaften sind, die Steuererhöhung aufkommensneutral bewältigen können, dass wir die Gewerbesteuer um 10 Prozentpunkte von 350 auf 360 vom Hundert anheben.

Nicht unerwähnt bleiben soll die Erhöhung der Grundsteuer A mit rund 35 Prozentpunkten durchaus drastisch, im Aufkommen mit rund 9.300 Euro Mehreinnahmen allerdings weniger gravierend. Aber auch für die unbebauten Grundstücke gilt, dass der Ruf nach dem Feldschütz, der Ruf nach Sicherheit und Ordnung auf Feld und Flur sowie eine gepflegte Landschaft laut ist. Auch diese Dienstleistungen kosten Geld und werden auch aus der Grundsteuer A finanziert.

Bei dieser Gelegenheit noch ein Wort zur Gewerbesteuerreform, die im Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb in Berlin im vergangenen Jahr festgeschrieben wurde. Natürlich ist Waiblingen eine Kommune, die unter den schwankenden Gewerbesteuerzahlungen leidet. Das steht völlig außer Frage.

Außer Frage steht aber auch, dass die Gewerbesteuer ein enges und wichtiges Band zwischen den Unternehmen und der Stadt darstellt. Keine andere Steuer hat einen so unmittelbaren Einfluss auf die Kommune. Ich habe zwar vorher die Bürgerschaft ausdrücklich gelobt und mich bei ihr bedankt für die Einkommensteueranteile.

Trotzdem sieht jede Arbeitnehmerin oder jeder Arbeitnehmer nicht direkt, welcher Anteil aus der auf dem Lohnzettel ausgewiesenen Einkommensteuer an die Stadt Waiblingen tatsächlich fließt und welcher direkte Zusammenhang mit der kommunalen Infrastruktur besteht. Die Einkommensteuer geht an das Finanzamt und wird anonym verteilt. Die Gewerbesteuer fließt aber direkt auf das städtische Konto und die Unternehmen können fast jedem Steuer-Euro folgen und sehen, was mit dem Geld passiert.

Ich halte daher von den Überlegungen zur Gewerbesteuerreform und zur Einführung einer höheren Einkommensteuer mit einem Hebesatzrecht für die Kommunen nicht viel, genau genommen, halte ich gar nichts davon.

Neben dem Gesagten gibt es für mich vor allem einen weiteren Grund, den ich nicht verschweigen möchte: Wenn wir Kommunen an der Einkommensteuer stärker profitieren sollen, das ist das Ziel der Gewerbesteuerreform, dann muss es für die Unternehmen aufwandsneutral sein, weil sie ansonsten sich zu Recht darüber beklagen würden, dass die Nebenkosten am Standort Deutschland steigen würden. Das bedeutet, dass die heutige Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer umgelegt wird und Einkommensteueranpassungen oder Steuerreformen der Einkommensteuer dann stets auch Auswirkungen auf die kommunalen Finanzen haben werden. Eine Unsicherheit, der wir Kommunen ausgesetzt werden.

Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass der Bund in wirtschaftlich schlechten Jahren dafür sorgen wird, dass die Einkommensteueranteile für die Kommunen unverändert hoch bleiben, wenn es ihm selber wirtschaftlich nicht gut geht.

Will sagen, auch die Einkommensteuer wird als Ersatz für die Gewerbesteuer keine feste Größe im Haushalt werden, mit der wir unabhängig von jeder wirtschaftlichen Situation kalkulieren können. Mich erinnert das Modell der Gewerbesteuerreform, das vom Institut für soziale Marktwirtschaft erfunden wurde, eher an eine Umlagefinanzierung wie im Kreistag, bei der auch alljährlich die kommunale Solidarität beschworen wird und sie dann doch bedeutet, dass in den Jahren, in denen es dem Kreis schlecht geht, die Kommunen zu bezahlen haben und in den Jahren, in denen es dem Kreis gut geht, die Kommunen auch bezahlen müssen, um die Auswirkungen der schlechten Jahre noch mitzutragen.

Lassen Sie mich beim Stichwort Kreisumlage darauf hinweisen, dass der Haushalt der Stadt Waiblingen auch deshalb im Jahr 2011 ausgeglichen ist, weil wir mit einem Kreisumlagehebesatz von 39,5 % kalkulieren und davon ausgehen, dass die Hebesatzverhandlungen im Kreistag zu einem für die Kommunen vernünftigen und vertretbaren Hebesatz führen werden.

Mir ist klar, dass der Landkreis im Jahr 2011 seine Verschuldung nach oben fahren wird. Nichts anderes haben wir im Jahr 2009 und im Jahr 2010 auch gemacht. Es blieb uns nichts anderes übrig. Natürlich hätten wir die Grundsteuer auf 900 Prozentpunkte erhöhen können. Diese Erhöhung um rd. 500 %-Punkte hätte uns 12,5 Mio. € eingebracht und wir hätten dafür die kommunale Verschuldung nicht erhöhen müssen. Das hätte aber die Leistungsfähigkeit der Grundsteuerzahler missachtet und den sozialen Frieden in unserer Stadt zerstört.

Ich erwarte daher vom Kreistag und werde mich selbst dafür nach Kräften einsetzen, dass das Jahr 2011 nicht dafür verwendet wird, die Kreisschulden bei den Kommunen anzulagern, um selbst nicht in eine gravierende Verschuldung zu gehen. Und ich sage es an dieser Stelle auch: Mir fehlt nach wie vor die Bereitschaft, die Kreisaufgaben dahingehend zu überprüfen, was tatsächlich sinnvoll und richtig ist. Ich bleibe dabei, dass der Tourismus und die Europaarbeit des Landkreises Kür und keine Pflicht sind.

Anders sehe ich es beim Umweltschutz. Hier ist der Kreis im selben Boot wie die Kommunen. Es muss alles dafür getan werden, unsere Umwelt zu schützen, damit unsere Kommunen, unser Land und unsere Erde auch künftigen Generationen Heimat sein kann.

Die gemeinsam mit dem Landkreis betriebene Energieagentur und auch die Klimabeauftragte des Landkreises leisten wichtige Arbeit. Das soll nun kein Freibrief sein, sondern eher die Aufforderung zu prüfen, welche Personalausstattung tatsächlich notwendig ist, welche Aufgaben noch effizienter erledigt werden können und ich meine auch, dass wir durch eine Erfolgskontrolle und den Nachweis der Effizienz noch weitere Kommunen gewinnen können, sich an der Energieagentur einzubringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch ein Wort zum Verwaltungshaushalt: Ich meine, dass die reduzierten Ausgabeansätze, die wir aus dem Jahr 2010 übernommen haben, auch im Jahr 2011 genügen müssen. Dabei bessern wir etwas bei den Positionen nach, die im vergangenen Jahr zu Unmut, Verdruss und zum Teil zu ungewollten Missständen geführt haben.

Mehrausgaben haben wir im Jahr 2011 bei der Stadtreinigung einkalkuliert, weil wir feststellen mussten, dass die reduzierten Reinigungszyklen nicht gehalten werden konnten und eine schmutzige Stadt keine lebenswerte Stadt ist. Ich bleibe aber auch dabei, dass diese Ausgaben vermeidbar wären und es nicht nur Jugendliche sind, die ihren Müll und ihre Abfälle zum Teil wo man geht und steht, fallen lassen und im Stadtgebiet oder auch in Feld und Flur entsorgen.

Der Blumenschmuck in unserer Stadt konnte trotz der geringeren Mittel in hervorragender Art und Weise auch in guter Partnerschaft mit privaten Hauseigentümern umgesetzt werden. Und, auch wenn es nur eine kleine Position ist, ich kündige es an dieser Stelle an, wir werden im Jahr 2011 wieder in bewährter Zusammenarbeit mit den Gärtnern in der Kernstadt und den Ortschaften wieder die Aktion „Waiblingen blüht auf“ durchführen.

Die größte Ausgabeposition im Verwaltungshaushalt, die Personalkosten, orientieren sich an den Tarifsteigerungen und sie orientieren sich auch daran, dass wir weiterhin beim Freiwerden jeder Stelle überprüfen, ob sie überhaupt oder im gleichen Umfang wiederbesetzt werden muss. Auch werden wir weiterhin mit Wiederbesetzungssperren operieren, um der wirtschaftlichen Situation, die auch im Jahr 2011 nicht einfach werden wird, gerecht zu werden.

Im Stellenplan sind netto 10 Stellen weniger ausgewiesen. Netto deshalb, weil wir sogar rd. 17 Stellen einsparen, aber 7 zusätzliche Stellen für neue Aufgaben, wie neuer Personalausweis und neues Personenstandswesen oder für Mehrpersonal im Kindertagesstättenbereich benötigen.

Dem Personal sei an dieser Stelle dafür gedankt, dass es bereit ist, seinen Anteil dafür zu leisten, dass Waiblingen die wirtschaftlich schwierige Situation gut überstehen kann.

Beim Blick auf die Einnahmen des Verwaltungshaushalts gehört erwähnt, dass Waiblingen im Jahr 2011 erstmals seit vielen Jahren wieder eine namhafte Summe im kommunalen Finanzausgleich erhält.

Normalerweise ist Waiblingen eine abundante Kommune, also eine Stadt, die so leistungsfähig ist, dass sie auf Zuschüsse des Landes nicht angewiesen ist. Im Jahr 2011 verhält es sich anders.

Waiblingen bekommt aufgrund der geringen Einnahmen des Jahres 2009 erhebliche Finanzzuweisungen in Höhe von rd. 13 Mio. Euro mehr gegenüber dem Jahr 2010, die vor allem dazu beitragen, dass wir im nächsten Jahr eine, im Vergleich zu den Jahren 2008 und früher, bescheidene Zuführungsrate einplanen können. Wie es im Jahr 2012 weiter gehen wird, müssen wir im Jahr 2011 im Auge behalten.

Wir fahren immer noch auf Sicht. Eine mittel- oder gar langfristige Planung ist immer noch nicht seriös machbar. Daher sind auch die in der mittelfristigen Finanzplanung aufgenommenen Projekte nicht verbindlich. Sie müssen im Jahr ihrer Aufnahme in den Haushaltsplan politisch bewertet und entschieden werden.

Wenn die Wirtschaft ihren Erfolgskurs fortsetzt, der seit dem 2. Halbjahr 2010 zu spüren ist, kommen wir wieder aus eigener Kraft in die Spur. Wenn dies allerdings nicht so kommt, müssen wir auch weiterhin gewappnet sein, den restriktiven Sparkurs fortzusetzen, der sich auch im Haushaltsplan 2011 wiederfindet.

Lassen Sie mich noch einen Blick auf den Vermögenshaushalt werfen: Im Vermögenshaushalt finden Sie neben einer großen Zahl von kleinen Budgets, die dazu dienen, die notwendigsten Anschaffungen und Investitionen zu tätigen, nur wenige große Positionen, die das kommunale Handeln und die Gestaltungskraft der Stadt darstellen.

Zu allererst sei die Stadtbücherei erwähnt. Im Jahr 2011, im April, wird es endlich soweit sein, dass die Stadtbücherei im teilsanierten Marktdreieck wieder ihre Pforten öffnet. Die Investitionen sind mit 6,5 Mio. Euro für das Gebäude und für die Büchereieinrichtung erheblich, aber gut investiert. Die Bücherei ist ein Ort der Bildung, der Begegnung und der Kultur inmitten der Stadt.

Sie ist nicht nur eine Bücherei, sondern sie ist schon heute und wird es in Zukunft noch verstärkt, ein Medientempel sein, der den Ansprüchen und Erfordernissen einer modernen kommunalen Bibliothek für Schülerinnen und Schüler sowie für Erwachsene und deren Medienwünschen gerecht wird.

Die hohen Investitionen sind auch unserem Marktdreieck geschuldet. Wir bewahren hier aber historische Bausubstanz und einen städtebaulichen Akzent, um den uns manche vielleicht beneiden, manche sicher nicht, der aber zu Waiblingen und seiner Innenstadt gehört.

Eine weitere Bildungsinvestition ist die Fortsetzung des Baus der Wolfgang-Zacher-Turnhalle, die im nächsten Jahr ebenfalls in Betrieb gehen wird und damit den wachsenden Ansprüchen der Grundschule, die sich zwischenzeitlich zur Ganztagschule gemau-



sert hat, gerecht wird. Ich war froh darüber, als wir am vergangenen Samstag, als der Gemeinderat gemeinsam mit der Verwaltung die Schulen der Stadt angesehen hat, von der Rektorin der Wolfgang-Zacher-Schule, Frau Frano, und vom Elternbeiratsvorsitzenden Heide hören durften, dass die Ganztagschule trotz Gebühren angenommen wird und die Angebote belegt sind. Das Profil der Wolfgang-Zacher-Schule wird derart geschätzt, dass die Nachfrage aus Waiblingen selbst nicht gänzlich befriedigt werden kann und die Anfragen aus den Umlandkommunen abgewiesen werden mussten.

Bleiben wir bei den Schulen: Die Investitionen in die Sanierungen der Schulen gehen weiter. Auch 2011 wird vor allem im Bereich der Staufer-Realschule, des Staufer-Gymnasiums und der Salier-Realschule die weitere Sanierung vorangetrieben. Es würde uns überfordern, wenn wir alle Schulen auf einmal sanieren würden. Das ist weder personell noch finanziell machbar noch sinnvoll.

Die Beschwerden der Eltern und Kinder im April 2010 im Zusammenhang mit der Haushaltsplanung 2010 wurden ernst genommen und die gravierendsten Anstände beseitigt. Dazu zählten insbesondere nicht mehr bewegliche Fenster in der Staufer-Realschule.

Nun geht es vor allem darum, mit Augenmaß und Effizienz dem Zahn der Zeit, der an unseren Gebäuden nagt, zu begegnen. Es muss aber auch möglich sein, die an uns herangetragenen Wünsche im Sinne der Wirtschaftlichkeit zu überprüfen und so manche Investition, sei es ins Gebäude, in die Möbel in Klassenzimmern, Lehrerzimmer und Verwaltungsräume sowie in die Schulküchen zu hinterfragen. Dabei gilt insbesondere die Maßgabe, dass Klassenzimmerausstattungen eine höhere Priorität haben als Verwaltungsräume.

Manchmal genügt es vielleicht auch, einen Schreiner zu bestellen, der aus dem Leim Gegangenes repariert, anstatt nach dem Grundsatz, „Johann der Aschenbecher ist voll, wir brauchen ein neues Auto“, zu verfahren. Und ich sage es auch deutlich: Wir können uns mit unseren Schulen in Waiblingen sehen lassen.

Im Hinblick auf die Umsetzung des Sportleitplans ist für das Jahr 2011 vorgesehen, mit dem Neubau der Staufer-Turnhalle zu beginnen. Es steht außer Zweifel, dass die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit dieser Ersatzbaumaßnahme ansteht. Auf eine detaillierte Begründung meine ich an dieser Stelle verzichten zu können.

Aufgrund der heutigen Berichterstattung in der WKZ weise ich Sie darauf hin, dass Sie im Haushaltsplanentwurf 2011 eine Planungsrate für den Umbau der alten Karolingerschule finden. Es muss unser Ziel sein, die Karolingerschule nach dem Auszug der Bücherei zu renovieren und einer neuen Nutzung als Familienzentrum zuzuführen. Das Ziel ist der Einzug der im Familienzentrum verbundenen Organisationen im Jahr 2012. Dabei ist die fbs ein wichtiger Partner. Sie ist aber nicht "das Familienzentrum" an sich.

Sollte man zur Auffassung kommen, dass das Familienzentrum auch ohne eine eigene Geschäftsstelle oder Dachverband arbeiten kann, dann würde dies zu Kosteneinsparungen führen. Die im Familienzentrum zusammengeschlossenen Organisationen müssten dann in einem Netzwerk Kurse organisationsübergreifend anbieten. Das wird "in einem Haus" eher funktionieren, als bei Einrichtungen, die heute über die Innenstadt verteilt

sind. Wir sollten diese Überlegung mit den Organisationen im Familienzentrum besprechen.

Eine teilweise Finanzierung des Umbaus der alten Karolingerschule ist auch dadurch möglich, dass das Grundstück an der Karlstraße veräußert werden kann. Ein gefragter innerstädtischer Wohnplatz.

Stichwort Grundstücke: Es ist uns dieses Jahr gelungen, für rund 8 Mio. Euro Grundstücke zu veräußern. Ein wichtiger Finanzierungsbeitrag im Vermögenshaushalt. Im nächsten Jahr sind keine Sonderprogramme über das „Waiblinger Baukindergeld“ hinaus mehr vorgesehen. Es bleibt dann wieder bei den 4.000 Euro pro Kind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Haushaltsplan 2011 ist eingebracht. Er enthält auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Schwerpunkte und Prioritäten des kommunalen Handelns.

Dabei gilt, dass die kommunale Infrastruktur in ihrem Bestand gesichert wird, dass sie dort wo möglich, auf neue Beine gestellt wird, um sie noch effizienter zu machen. Es gilt auch der Grundsatz, dass die Gebühren, Steuern und Beiträge nach wie vor die Leistungsfähigkeit der Unternehmen und der Bürgerschaft berücksichtigen.

Im Hinblick auf die Investitionen liegen die Schwerpunkte eindeutig im Bereich der Bildung und Betreuung, der Sanierung von Gebäuden zum Erhalt des Vermögens und zum Abbau von Schulden in Steinen sowie zur Verbesserung der Ökologie und zur Verminderung des Verbrauchs von wertvollen Ressourcen.

Der eingebrachte Haushalt 2011 kommt ohne Neuaufnahme von Schulden aus. Wir werden unsere Tilgungsverpflichtungen erfüllen und einen ersten Schritt dazu tun, in den Jahren 2009 und 2010 aufgelaufene Schulden zurückzubezahlen, um dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit Rechnung zu tragen.

Ich danke an dieser Stelle Herrn Fachbereichsleiter Hähnle mit seinem Team und vor allem auch Herrn Schaal vom Fachbereich Büro Oberbürgermeister, der durch seine Gesamtschau einen wichtigen Anteil am Ihnen vorliegenden Haushaltsplanentwurf geleistet hat. Mein Dank gilt auch Frau Zettler, ohne deren Akribie, Genauigkeit und Geduld die vielen Änderungen und Anmeldungen sowie die Änderungen der Änderungen nicht hätten nachvollzogen werden können und wir Ihnen heute hätten keinen Haushaltsplan vorlegen können.

Ich danke nochmals allen Menschen und Unternehmen sowie Organisationen, die in unserer Stadt durch ihr Tun, ihren Einsatz und vor allem durch die Bezahlung von Steuern, Gebühren und Beiträgen ihren Anteil dafür leisten, dass Waiblingen eine lebenswerte und liebenswerte Stadt ist und bleibt.

Lassen Sie uns weiter daran arbeiten!